

Vortrag an den Ministerrat

Bundesgesetz, mit dem das Bundesvergabegesetz 2018, das Bundesvergabegesetz Konzessionen 2018, das Bundesvergabegesetz Verteidigung und Sicherheit 2012, das Bundesgesetz über die Errichtung der Gesellschaft „Familie & Beruf Management GmbH“ und das Straßenfahrzeug Beschaffungsgesetz geändert werden (Vergaberechtsgesetz 2026)

In der Anlage wird der Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesvergabegesetz 2018, das Bundesvergabegesetz Konzessionen 2018, das Bundesvergabegesetz Verteidigung und Sicherheit 2012, das Bundesgesetz über die Errichtung der Gesellschaft „Familie & Beruf Management GmbH“ und das Straßenfahrzeug Beschaffungsgesetz geändert werden (Vergaberechtsgesetz 2026) zur Genehmigung vorgelegt.

Hauptinhalt des Entwurfes des Vergaberechtsgesetzes 2026 ist die Umsetzung des Regierungsprogrammes (insbesondere die Erhöhung der Schwellenwerte für Direktvergaben und deren Überführung ins Dauerrecht), die Anpassung bzw. Umsetzung von Unionsrecht (wie etwa die Implementierung der eForms und eines neuen Gebührensystems für den Rechtsschutz im Bundesbereich) sowie Adaptierungen und Vereinfachungen aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit dem Vergaberechtsreformgesetz 2018.

Der Entwurf des Vergaberechtsgesetzes 2026 wurde einem allgemeinen Begutachtungsverfahren unterzogen und die Ergebnisse desselben wurden in den vorliegenden Entwurf eingearbeitet.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle den beiliegenden Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesvergabegesetz 2018, das Bundesvergabegesetz Konzessionen 2018, das Bundesvergabegesetz Verteidigung und Sicherheit 2012, das Bundesgesetz über die Errichtung der Gesellschaft „Familie & Beruf Management GmbH“ und das Straßenfahrzeug Beschaffungsgesetz geändert werden (Vergaberechtsgesetz 2026), samt Erläuterungen, Textgegenüberstellung und Wirkungsfolgenabschätzung dem Nationalrat zur verfassungsgemäßen Behandlung zuleiten.

17. November 2025

Dr.ⁱⁿ Anna Sporrer
Bundesministerin